

für Halle wöchentlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zahlung 7,25 M., durch
die Post 3,25 M., ausl. Zeitungs-
gesch. Bestellungen werden von allen
Nachsendungen abgenommen.
Der amtliche Zeitungs-Bezugspreis
unter Nr. 6558 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Schärpe in Halle.
Erscheinenszeit von 10^u. bis 12^u.
Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.

Saale-Zeitung.

werdet die Spaltenpreise oder deren
Ramm mit 80 Pfg., falls aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von unterm Annoncenbureau und allen
Annoncen-Expeditoren abgenommen.
Erstausgabe die Seite 75 Pfg.
Erstausgabe wöchentlich 2 Pfennig;
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Der neue Zolltarif und die Lebenshaltung des Arbeiters.

Die Frage, wie die von den Agrariern erstrebte Erhöhung
der Zölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Brotgetreide, auf
die Lage der Konsumenten und namentlich auf die Lage der
deutschen Arbeiterschaft einwirken würde, ist ja im bisherigen
Verlauf der öffentlichen Diskussion schon hinreichend zur
Erörterung gelangt, d. h. man hat in eingehenden und detaillierten
Verständnissen festgestellt, daß die Erhöhungen der
Zölle auf die Verschärfung der Waarenpreise wirken würden,
welche die Volkswirtschaft in den Ausgaben für Brot und Nahrungs-
mittel überaus im Budget des Arbeiters spielen, welche Be-
deutung die Verbesserung der Lebenshaltung direkt und indirekt
auf den Geschäftsgang der Industrie haben würde und wie
gering die Aussichten seien, daß die Arbeiterschaft auf einen
Gleichstand dieser Verbesserung durch Lohnerhöhungen rechnen
könne und begreifen werde. Was aber bisher noch fehlte, war
eine eingehendere wissenschaftliche Untersuchung der Folgen,
welche eine verteilte und verfeinerte Lebenshaltung auf
Brotlohn und Volksgesundheit haben würde.

Diese läßt sich in dankenswerter Weise eine Schritt von
Dr. med. Hans Ruxella aus, welche seinen im Rahmen
des vom Handelsvertragverein herausgegebenen „Blattschriften“
erschienen ist. Der Verfasser, ein praktischer Arzt, welcher sich
durch seine werthvollen Arbeiten auf dem Gebiete der Sozial-
hygiene in weiteren Kreisen bekannt gemacht hat, ausgehend
von den ermittelten Untersuchungen der Einkommensverhältnisse,
der Lebensmittelpreise, der Befahrung des Einkommens durch
die Zölle etc., deren Ergebnisse erleuchtet für zusammengefaßt
werden, wagt zunächst die Frage auf: Was braucht der
Mensch zu seiner Ernährung, und wie sieht sich gegenwärtig
der deutsche Arbeiter? — Er kommt dabei zu dem Resultat,
daß heute bereits die große Masse der deutschen Arbeiterschaft
unter einer von physiologischen und hygienischen
Standpunkten aus durchaus unzureichenden Ernährung
leidet, und daß somit eine weitere selbst geringfügige Ver-
besserung der Lebenshaltung einwirkende Gefahren für die
Schicht und damit indirekt für das ganze deutsche Volk nach
sich ziehen würde. Die weitestgehende unmittelbare Folge
einer schlechteren Ernährung und damit Verarmung an ungesunden
Nahrungsmitteln würde eine Verringering der Leistungsfähigkeit sein.
„Weniger Gewicht heißt schwächerer Wille und schneller
verlangende Aufmerksamkeit, dazu kommt noch die
schneller eintretende Ermüdung, wie sie die Unmöglichkeit
einer so mühsigen, vorwiegend aus Stärkennahrung bestehenden Kost
mit sich bringt.“ Die Folge hiervon würden für die an Zu-
stellung, Körperkraft, Aufmerksamkeit und Genauigkeit hohe
Anforderungen stellende moderne Großindustrie ein Herab-
sinken der Qualität und Quantität der Arbeitser-
leistung bedeuten, welches auf ihre Konkurrenzfähigkeit mit
ausländischer Arbeiterschaft, wie England und Amerika,
nicht ohne Nachteil bleiben könnten.

Als eine weitere bedeutende Folge schlechterer und unzu-
reichender Ernährung ist eine Steigerung des Ak-
zidenzrisikos zu erwarten mit allen seinen schweren Folge-
erscheinungen. Eine sehr ernsthafte Gefahr ist aber vor allen
Dingen auch die verringerte Widerstandsfähigkeit
gegen die Infektionskrankheiten und Seuchen, welche
kaum schon die Bevölkerung des Landes und deren Ausbreitung
und Verbreitung ganz wesentlich eine Frage unter und geübter
Ernährung ist. Anzeln vergleicht z. B. die Ziffern der
Tuberkulosesterblichkeit von England und Preußen, aus
welchen sich ergibt, daß dieselbe in Preußen beinahe doppelt
so hoch ist, wie in England. Er stellt fest, daß diese Ziffern in
Preußen sich von durchschnittlich 275 pro 100,000 Ein-
wohner vor dem Handelsvertrage, auf 225 nach dem
Handelsvertrage vermindert haben, und fragt mit Recht,
was es für einen Zweck habe, auf der einen Seite
Zunehmlichkeiten zu bauen und die Tuberkulose zu
bekämpfen, wenn man auf der anderen Seite durch Verbesserung
der Lebenshaltung die besten Vorbedingungen für ihre weitere
Verbreitung schafft. In engen Zusammenhänge hiermit steht
die zu erwartende Schwächung der deutschen Wehr-
kraft. Ruxella bringt sehr interessante Ziffern hierfür bei,
in wie enger Abhängigkeit die Höhe der Militärtauglichkeit mit
der Frage der Ernährung stehe. Das gleiche gilt noch in weit
höherem Maße für die Frage der Kindersterblichkeit und
indirekt für die Frage der Sterblichkeitsziffer überhaupt.

Hiermit ist schon das ganze Gebiet der bevölkerungspolitischen
Frage ausgefüllt. Es ist ja eine art genügend bekannte
Tatsache, für welche aber die ziffermäßigen Beweise nicht oft
und einbringlich genug vorgeführt werden können, daß die Höhe
der Geburten und Todesfälle, die Anzahl der Che-
lichkeiten, die Stärke der Auswanderung u. dgl. m.
in engem Zusammenhänge mit der Frage billiger, guter und
gesunder Ernährung steht. Sehr interessant sind auch die
Ziffern und statistischen Beweise aus der Statistik und den
Verhältnissen, welche Ruxella hierin bringt, wie sehr Bevölkerungszu-
wachs von Einfluss auf die Kriminalität ist, insbesondere die
Eigenschaften verschiedener Krimineller, auf die politische
Unzufriedenheit und Unzufriedenheiten der Volksmassen
ausereicht sind.

Es ist zweifellos sehr dankenswert, daß hier einmal von
medizinischer Seite der Verzicht gemacht ist, in objek-
tivistischer Weise die ganze Masse der Gefahren aufzu-
zählen, welche die sozialpolitischen Forderungen der Agrarier
mit sich bringen. Man wird gegenüber diesen sprechenden
Tatsachen doch wohl nicht mehr in der Lage sein, über das
Zutreffen der Konsumenten auf Zolltarif so leicht hinweg-
zusehen, wie dies auf gegnerischer Seite bislang üblich
gewesen ist. Und auch auf möglicher Seite wird man sich

vielleicht befinden, ob man fünfzigsten die Worte der amtlichen
Begründung des Zolltarifs unterzeichnen will, in welcher es
bestimmlich heißt: „Sollte sich . . . unter Umständen eine Be-
lastung der verbräuchenden Bevölkerung ergeben, so müßte sie
ertragen werden.“

Deutsches Reich.

Öst- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser empfing am Mittwoch vormittag im Schloß
zu Berlin den großbritannischen Botschafter Lascelles.
Zur Mittags- und Abendmahlzeit Kaiserpaar waren Prinz
und Prinzessin Heinrich mit Gefolge geladen. Nachmittags
hatte der Kaiser eine längere Besprechung mit dem
Reichsfinanzler und betrugte danach den Botschafter Las-
celles.

* In Londoneer Hofkreise zirkuliert die Nachricht, Prinz
Heinrich von Preußen werde auf seiner Rückreise von
Amerika einen Besuch am englischen Königshof ab-
halten. Auf Nachfrage an zuständigen Stelle wurde mitgeteilt,
daß man dort von einer solchen Absicht des Prinzen Heinrich
nichts wisse.

Vollständiges.

* Neben das dem Prinzen Heinrich zu Ehren in New
York von der nordamerikanischen Presse zu veranstaltende
Bankett schreibt die „New Yorker Staatsztg.“:

Da während der kurzen Zeit, die Prinz Heinrich in den
Vereinigten Staaten zubringen wird, seine Möglichkeit vor-
handen sein dürfte, ihn mit einem großen Theil des ameri-
kanischen Volkes bekannt zu machen, so lag der Gedanke nahe,
leider nur einen kleinen Theil davon zu erreichen, nämlich
durch die englische Presse, die „New Yorker Staatsztg.“ unter-
stützt durch den deutschen Botschafter, Herrn v. Solchen, den Plan,
dem Prinzen Heinrich bei einem ihm zu Ehren veranstalteten
Bankett Gelegenheit zu geben, die hervorragenden Vertreter
der amerikanischen Presse kennen zu lernen. Der Plan wurde
ausgegeben und die Einladung der „New Yorker Staatsztg.“
angenommen. Das Bankett wird veranstaltet am 28. Jah-
rstag im Hotel „Madison-Alexia“ in New York stattfinden. Die
Gesellschaft und der Veranstalter aller Tageszeitungen, die
in den Vereinigten Staaten erscheinen, haben Einladungen er-
halten; hervorragende Vertreter der Presse werden ge-
beten werden, die Reden zu halten. Wenn auch
die Einladungen nur einer in besonderer Sprache ge-
druckten Zeitung ergeben, und die deutsche Tagespresse
des Landes gleichfalls vertreten sein wird, so be-
zieht es sich doch von selbst, daß bei dieser Gelegenheit die
englische Sprache von allen Rednern gebraucht werden wird.
Nicht Prinz Heinrich wird dies thun, falls er einige Worte
an die Versammlung zu richten möchte. Die „New Yorker
Staatsztg.“ glaubt auf diese Weise das ganze amerikanische
Volk auf die Wichtigkeit des Besuchs des Prinzen Heinrich
aufmerksam machen und für die ihm so Grunde liegende Idee
erwärmen zu können, was in gleichen Umfange kaum mit
anderen Mitteln zu erreichen wäre. Zudem ist das klar,
glaubt sie auch ihre Politik dem höchsten Zielsetzung gegen-
über am besten und vollkommensten zu erfüllen. Selbst-
verständlich wird die „New Yorker Staatsztg.“ auch die
höchsten Beamten der Union, des Staates und der Stadt,
sowie das Gefolge des Prinzen, den deutschen Botschafter und
den höchsten deutschen Generalkonsul einladen; aber im
hiesigen Theil die Teilnahme auf die Vertreter der Presse
beschränkt.

Einer beim Berliner Bureau der „New Yorker Staatsztg.“
aus New York eingetroffene Nachbetrachtung zufolge werden an dem
Bankett im Hotel „Madison-Alexia“ neunhundert
Zeitungs-herausgeber und Correspondenten theil-
nehmen. In Deutschland würde eine solche Veranstaltung zu
Ehren eines kaiserlichen Prinzen wohl noch nicht auf wählbare,
lange Zeit hinaus zu den Unmöglichkeit gehören, deren unter
Staatsbeamten so selten eigenen und des Volkes Schaden leider
noch so wie entsteht.

* Die deutsche Regierung machte, eine Meldung der
„Daily Mail“ aus Berlin zufolge, der englischen erneute
Vertretungen wegen fortgesetzter Eröffnung deutscher
Amtsbriefe für Südwestafrika in Kapstadt, trotz
des darüber ausgeprochenen Bannern seitens der britischen
Regierung.

* Vor übertriebenen Forderungen warnt die
„Süddeutsche Zeitung“. Die Agrarier in einem offiziellen
Artikel aus Berlin. Der Entwurf enthalte „hauptsächlich im
Sinne seiner Urheber das Maximum an dessen, was zur Er-
füllung berechtigter Forderungen der Landwirtschaft unter den
gegebenen Umständen ein deutscher Reichsfinanzler im Namen der
Bundesregierung bei der Volkvertretung beizubringen kann“.
Die agrarische Opposition habe den Darlehenwärt zu Fall
bringen, „aber sie könne nicht durchsetzen, daß er in einer
für die agrarischen Kreise durch die älteren Gestalt
widerkommt.“ Inneres Erachten bedarf es klarerer Argu-
mente, um die Agrarier, die sich in ihrem Januarnummer für mög-
lichst hochgradigste Befähigung selbst kaum noch ausserman,
einigenmaßen zur Nation zu bringen.

* In der letzten Sitzung des Bundesrats wurde
folgendes Ausdrucksvermögen die Zustimmung ertheilt: dem Aus-
schußbericht über den Entwurf einer Verordnung wegen Beauf-
sichtigung heiliger und demischer privater Verhältnisseunter-
nehmungen; den Ausschußberichten über a) die Vorlage betreffend
die Ergänzung der Nr. XVI der Anlage B zur Eisenbahn-
verkehrsordnung durch die Aufnahme von Kleinbahn, Westfälische,
Westfälische und sonstige Kleinbahnen, b) den Entwurf eines Sonderabkommens zwischen der deutschen und der
österreichischen Regierung zum internationalen Abkommens
über den Eisenbahnverkehr für die deutsch-österreichischen
Verträge, den Ausschußberichten über die Vorlage vom 14. De-
z. S. betreffend Abänderung der Statuten des Westfälischen
Eisenbahn-Vereinsverbandes zu Westfalen, den Ausschuß-
berichten über die Vorlagen betreffend a) die Abänderung von
Armen, b) die Abänderung von Reichsfinanzminister, c) den
Entwurf luxemburgischer Bestimmungen innerhalb deutscher

Grenzbefreiung; den Ausschußberichten betreffend den Entwurf
eines Gesetzes wegen Befreiung des Handelsverkehrs-Gesetz
von Gütern-Vorbringen für das Rechnungsjahr 1902 und dem
Ausschußbericht über die Vorlage vom 30. Dez. vor. J. be-
treffend die Prüfung der Wapenzeichenschriften.

Parlamentarische.

* Die Zolltarifkommission schickte gestern zwei
weitere Berichte den 14. die zolltarifliche Gegenstände auf-
führenden Nummern des 3. des Zolltarifgesetzes. Nr. 11 über
die Zollfreiheit von Kunstgegenständen wurde, entsprechend einem An-
trage Gothein, in der Sitzung angenommen, daß zollfrei
bleiben Kunstgegenstände, welche zu Kunstausstellungen oder für
öffentliche Sammlungen oder öffentliche Sammlungen oder zu
Lehr- und Ausstellungswecken eingehen. Nr. 12 über die Zoll-
freiheit von Materialien zum Bau oder zur Ausbesserung von
See- und Luftschiffen wurde in der Sitzung der Regierungsvor-
lage angenommen. — Bei der Abimmung über die Nummer 11
des 3. des Zolltarifgesetzes, welche nach der Regierungsvorlage
gegenüber dem bestehenden Zustand eine erhebliche Ver-
schärfung im internationalen Verkehr mit Kunst-
gegenständen beabsichtigt, die für Ausstellungen und öffent-
liche Sammlungen bestimmt sind, stimmten sämtliche
Nationalparlamente mit den Minoritäten. Mit 12 gegen 11
Stimmen, wobei der Antrag des Ausschusses, welche der
Vorlage der Kommission angenommen, die Abänderung der be-
stehenden Bestimmungen über die Einuhr von Kunstgegen-
ständen.

* Dem Reichstage ging gestern, wie schon telegraphisch
gemeldet, eine Interpellation des Centrums zu, in der
bezüglich der am 1. Februar 1899 vom Reichstage beschlossenen
Gesetzes über die Aufhebung des Gesetzes über
den Erwerb der Reichsangehörigkeit durch den Erwerb des Reichs-
bürgerschafts, die im Reichsboten die Anfrage gerichtet wird,
ob ein Beschluß des Bundesrats in dieser Angelegen-
heit auch heute noch Bestand von drei Jahren seit der Beschluß-
fassung des Reichstages noch nicht vorliegt, und wenn
nicht, aus welchen Gründen der Bundesrat die Zustimmung
einer Entschlieung über den genannten Beschluß des Reichs-
tages bis jetzt verweigert, und schließlich, ob der Reichs-
tag eine solche Entschlieung noch vor Beendigung
der gegenwärtigen Tagung des Reichstages herbeiführen
gedenkt?

* Im Herrenhause lud man gegenwärtig für die Auf-
hebung der Vermögenssteuererhöhung zu machen.
Die nämlich die „Rechtswörter“ nachträglich mittheilt, hat die
konservative Fraktion des Herrenhauses am 8. Januar
folgenden Antrag beschloffen:

„Die Konferenz der Fraktion des Herrenhauses hält eine Reso-
lution des Gegenstandes-Gebietes — liefern die künftige
Ergebnisse der Verhandlungen über die Aufhebung der Er-
werbungssteuer verzeichnet — in Anzuerst der davon
betroffenen schwer betroffenen land- und forstwirtschaftlichen
Berufsbetriebe — für dringlich gehalten. — Wegen der bevorstehen-
den Lösung der großen volkswirtschaftlichen Fragen im
Reichstage liegt es bis zu deren Beendigung dem Reichstage
über die Aufhebung einer Steuer zum Gegenstandes-Gebietes.“
Häufiger also auf der einen Seite im Reichstage die Zustimmung
zur Erhebung der Lebensmittelpreise zu vertheuern beabsichtigt sind
die Gunsten der Grundbesitzer, wollen sie auf der anderen Seite die
geringe Vermögenssteuer, welche in Preußen mit 1/2 pro Mille
erhöhen wird, abschaffen.

* In der zweiten badischen Kammer erklärte gestern der
Finanzminister, er erachte die Reichseinkommensteuer als
eine unglückliche und gefährliche Lösung der Reichs-
finanzreformfrage. Nach der Verabschiedung des Zoll-
tarifs werden die verbundenen Regierungen mit Vor-
schlagen für die Reichsfinanzreform an den Reichstag
heranzutreten.

* Bei der gestrigen Reichstags-Eröffnung im Schaum-
burg-Sippe erschienen, soweit bis abends 10 Uhr festgesetzt
war, Graf Benckendorff (Anti.), 1604, Demmia (frei. W.)
2978 und Reichensbach (Soz.) 3008 Stimmen. Es fehlte noch
das Ergebnis aus 2 Parteien, doch steht schon fest, daß
Stichwahl zwischen Graf Benckendorff und Demmia erfolgen
wird.

* Bei der Landtags-Eröffnung im 7. Wahlkreis Braun-
schweig am 23. Januar wurde für den Rittergutsbesitzer
Edm. Heeslau (anti.) 340 und für den Fabrikbesitzer
Kurtz-Guben (anti.) 321 Stimmen abgegeben. Ersterer ist
mitteln gewählt.

Verwaltung und Reichsgericht.

* Von den drei im Reichsgesetzblatt am vorgelassenen
Direktor-Stellen sollen zwei durch schon jetzt dem Waise aus-
gehörende Kandidaten besetzt werden. Für die dritte ist ein
Unberuflicher in Vorziehung gebracht worden.

Gesetz und Fische.

* Die auf der Fahrt nach Nordamerika begriffene italienische
Yacht „Sobensollern“ hat gestern in Gibraltar ein
Zwei-Kommandant Graf Badinoff begab sich unter dem
Schutz der Landbatterie an Land und stiftete dem Gouverneur
einen Besuch ab. Die „Sobensollern“ sollte abhand die Reise
nach New York fort.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

125. Sitzung vom 23. Januar. I Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.
Im Bundesratshaus: Graf Solodowoff u. a.
Eingegangen ist die Interpellation des Centrums, welche Be-
schlüsse der Bundesrat bezüglich der Aufhebung des
Leistungsgesetzes gerichtet hat. Die Interpellation wird
in der nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden.
Die zweite Beratung des Entwurfs des Reichsfinanz-
gesetzes.
Hierzu liegen drei Resolutionen vor.
Eine Resolution Bismarck, Dr. Hise (Centr.), Wands (lib.)

